



Stammtisch selbstbestimmt Wohnen und Leben in Erfurt
23.02.2024, 14:30 Uhr bis 16:30 Uhr

Inhalte

- **Vorstellung des Veranstaltungsortes, Gäste, Beratungs- und Netzwerkstelle Wohnen im Raum**

- **Gäste:**
ÖDP Mittelthüringen: Herr Ziervogel
Bündnis90/Die Grünen: Frau Schwarz, Herr Reichardt, Herr Schubert

- **Leitfragen**
 - Welchen Stellenwert räumt Bündnis 90/Die Grünen, Erfurt bzw. ÖDP, Mittelthüringen dem Thema Inklusion in der Stadt Erfurt ein?
 - Mit welchen Maßnahmen ließe sich der soziale Wohnungsmarkt entspannen?
 - Wie können mehr barrierefreie Wohnungen zu sozialverträglichen Preisen in Erfurt geschaffen werden?

- **Skizzierung der offenen Diskussion**
 - Handlungsbereich Stadtverwaltung und Landesebene
 - es fehlen Daten zum Leerstand und zum Bedarf an Wohnraum (z.B. Anzahl der Wohnungen, Wohnungsgrößen, barrierefreie Wohnungen)
 - Brisanz des Themas Wohnen scheint nicht in der Stadtverwaltung angekommen zu sein.
 - Die Bevölkerung wird in den nächsten Jahren weiterwachsen. Der Anteil der älteren Bevölkerungsgruppe wird immer höher. Eine „Graue Welle“ erwartet uns.
 - Es fehlt an Priorisierung der Wohnraumsituation sowohl in der Stadtverwaltung als auch in der Landesregierung
 - bei der Ausweisung von Gewerbeflächen und Wohnbebauungsflächen scheinen Gewerbesteuererinnahmen höhere Priorität zu haben als die Schaffung von Wohnraum (Beispiele Gewerbegebiet am Urbicher Kreuz und Potenziale im Bahnhofsumfeld mit ähnlich hohen Investitionskosten)
 - Weder Stadtverwaltung noch Landesebene weist angemessene Strukturen auf, um das Thema Wohnraum adäquat bearbeiten zu können
 - Argumentation der Stadtverwaltung zur Wohnungsmarktlage: fehlende Fördermittel auf Landesebene zur Schaffung von (barrierefreiem) Wohnraum. Anreiz und Finanzierungsmöglichkeit barrierefreien Wohnraum zu schaffen fehlen, also kann Stadtverwaltung nichts gegen den Wohnraummangel tun.

- im Landeshaushalt sind keine Posten für die Schaffung von Wohnraum angemeldet (im Thüringer Landeshaushalt 2024 scheinen keine Haushaltsmittel für die Schaffung von Wohnraum vorgesehen zu sein weder für Darlehen noch für die Förderung von Wohnraum)
- Umwidmung von Büro- und Gewerberäumlichkeiten in Wohnraum ist nicht ohne weiteres möglich
- Problematik von Nutzung von Wohnraum als Ferienwohnungen. Gesetzesgrundlage auf Landesebene besteht, die Umsetzung und Kontrolle muss ebenfalls gewährleistet werden
- Vorgaben zur Barrierefreiheit sind häufig in Form von Richtlinien verfasst und sind damit nicht verbindlich
- Menschen mit Behinderung auf dem Arbeitsmarkt: Potenzial in Werkstätten für Menschen mit Behinderung in Zeiten von Personal- und Fachkräftemangel nutzen. Es bedarf Aufklärung auf allen Seiten und auf allen Ebenen
- Aktueller Stand zur Fortentwicklung der ICE City-Ost
https://www.erfurt.de/ef/de/leben/planen/stadtplanung/ip_tk/ice_city/index.html
- Gedankenstoß: Gemeinwohl-Ökonomie als Maßgabe kommunalen Handelns, hier ein Artikel dazu <https://www.deutschlandfunk.de/gemeinwohl-oekonomie-100.html>
- Schlechte Versorgungslage mit psychotherapeutischen Praxen
- Bildungspolitische Sensibilisierung:
 - gemeinsamer Unterricht von Kindern mit und ohne Einschränkungen, so erfahren und lernen Kinder und Pädagogen im Alltag Inklusion. Berührungspunkte können verhindert und abgebaut werden
 - Inklusion ist kein Bestandteil der Lehrkraftausbildung, Sensibilisierung ist wichtig
 - Möglich und für alle sinnvoll kann Inklusion nur sein, wenn Schulen und Lehrkräfte ausreichend Ressourcen zur Verfügung haben
 - Erfahrungsaustausch dazu:
 - zum Beispiel sicherheitsrelevante Einrichtungen für alle Behinderungsarten
 - Rückstufung eines Kindes das nach der 4. Klasse, weil es das Alphabet noch nicht konnte
 - Für Schüler ist eine wohnortnahe Beschulung für Inklusion wichtig
 - Bei Bedarf Peer-Betroffene bei Schuleingangsuntersuchung mit einbinden, um die bestmögliche Schulstandortwahl zu treffen

- **Erfahrungen und Beobachtungen aus der Runde**

- das Thema Inklusion scheint sich gerade rückläufig zu entwickeln auch bei Parteien
- im Beirat für Menschen mit Behinderung ist die paritätisch verteilte Zusammensetzung aus Betroffenen und Nichtbetroffenen nicht mehr gegeben. Der Anteil der Selbstvertreter ist heute geringer. Betroffene können ihre Interessen am besten selbst vertreten.
- Erfahrung partizipativer Stadtentwicklung am Beispiel Herrenbergcenter
- Konflikt zwischen Denkmalschutz und Barrierefreiheit, dem Denkmalschutz wird immer mehr Bedeutung zugestanden, selbst bei Gebäuden, in denen Arztpraxen betrieben werden
- Bei barrierefreien Umbauten im Privatbereich muss Gewährleistung, Versicherung und Haftung sichergestellt werden. Im Versicherungsfall kann es passieren, dass Betroffener auf Kosten sitzen bleibt, da Krankenkasse Schaden nicht übernimmt

- **Handlungsmöglichkeiten auf kommunaler Ebene**

- Zunächst Datenerfassung zum Leerstand und zum Bedarf an Wohnraum (z.B. Anzahl der Wohnungen, Wohnungsgrößen, barrierefreie Wohnungen)
- Städtischen Wohnraum im kommunalen Bestand sichern
 - Kommune als öffentlicher Bauherr zur Sicherstellung ausreichenden Wohnraums
 - Kommunale Mittel bereitstellen für Vorkaufsrechte
- Konzept Wohnen gegen Hilfe als ein Ansatz
- Konzept Wohnungstauschbörse als ein Ansatz, Anreizsystem erforderlich

- **In der Diskussion genannte Beispiele:**

- Mainz:
 - grüner Hof Mainz <https://www.wohnbau-mainz.de/soziales/wohnprojekte>
- Weimar:
 - Wohnen im Alter <https://www.wohnen-im-alter.de/einrichtung/pflegeheim/weimar/senioren-wohngemeinschaft-mit-h-betreuung-die-alternative-zum-seniorenheim-in-weimar-24211>
 - Alte Feuerwache <https://feuerwache-weimar.de/start.html>
 - Wohnkonzept Ro 70 <https://www.ro70-weimar.de/>
https://architekten-thueringen.de/aft/projekte/p/ro_80_mehrfamilienhaus_-_3695.html
- Erfurt:
 - Neubauprojekt Tallinner Straße der KoWo <https://kowo.de/iba-gartenstadt-mit-system>

- **Unterstützungsmöglichkeiten der Bürger für Parteien neben der Wahlentscheidung**

- Initiierung von Bürgerbegehren
- Hier sind Infos der Stadt Erfurt zum Thema Bürgerbeteiligung <https://www.erfurt.de/ef/de/rathaus/buergerbeteiligung/index.html>.

- **Fazit**

- Wichtig ist eine breite, gesamtgesellschaftliche Sensibilisierung
- Konstruktiver, sachorientierter Austausch
- Kompromissbereitschaft im gesellschaftlichen Diskurs ist wichtig
- Die besten Lösungen lassen sich gemeinsam mit Betroffenen in eigener Sache und Fachpersonal im sachorientierten Austausch entwickeln

- Der **nächste Stammtisch findet am 22.03.2024, 14:30 Uhr bis 16:30 Uhr** in der LIGA der politischen Selbstvertretung Thüringen e.V. statt. Als Gäste haben wir Frau Stange von Die Linke und Herrn Warnecke von der SPD eingeladen.